

## **SÄA-4 Gliederung und Delegiertenverteilung von B90/GRÜNE Berlin**

Antragsteller\*innen: Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte) Birgit  
Laubach (KV Berlin-Reinickendorf) Gisela  
Erlar (KV Berlin-Mitte) Madlen Ehrlich (KV  
Berlin-Mitte) Marianne Birthler (KV Berlin-  
Mitte) Andreas Otto (KV Berlin-Pankow)  
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Satzungsänderungsanträge

1 **NEU**

2 **§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder**

3 ...

4 (3) Jedes Mitglied hat Stimmrecht in **einem Kreisverband**. Grundsätzlich gilt das  
5 Wohnortprinzip. Um das Stimmrecht in **einem anderen Kreisverband** wahrzunehmen, muss  
6 schriftlich  
7 ein begründeter Antrag an den Landesvorstand gestellt und durch diesen bewilligt  
8 werden. Der  
9 Wechsel der Wahrnehmung des Stimmrechts in **einen anderen Kreisverband** kann beim  
10 Landesvorstand beantragt werden. Der Landesvorstand entscheidet innerhalb von  
11 vier Wochen  
12 über den Antrag. Der Wechsel tritt im Falle der Zustimmung vier Wochen nach  
13 Stellung des  
14 Antrags in Kraft. In begründeten Fällen kann der Landesvorstand die Frist  
verlängern. Der  
Landesvorstand teilt dies dem Mitglied, welches den Antrag gestellt hat, unter  
Nennung der  
Frist mit. In Landesarbeitsgemeinschaften können alle Mitglieder des  
Landesverbands  
mitstimmen, in berlin-brandenburgischen Landesarbeitsgemeinschaften auch  
brandenburgische  
Mitglieder.

15 In **Kreisverbänden** kann jedes Mitglied des Landesverbands mit stimmen, das dort  
16 sein  
17 innerparteiliches Stimmrecht gemäß § 5 (3) wahrnimmt oder im jeweiligen Bezirk  
18

19 seinen  
Hauptwohnsitz hat, auch bei der Aufstellung oder Nominierung von Kandidat\*innen  
für  
öffentliche Ämter. Ausgenommen sind Delegiertenwahlen, **Vorstandswahlen** und  
Abstimmungen über  
die Satzung.

20 (4) Jedes Mitglied hat entsprechend den gesetzlichen Regelungen bei der  
21 Aufstellung der  
22 Kandidat\*innen für öffentliche Wahlen Stimmrecht in **dem Kreisverband** des  
Wahlkreisverbandes,  
in dem es seinen Hauptwohnsitz hat.

## 23 **ALT**

### 24 **§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder**

25 ...

26 (3) Jedes Mitglied hat Stimmrecht in **einer Bezirksgruppe, Abteilung oder**  
27 **innerparteilichen**  
28 **Vereinigung**. Grundsätzlich gilt das Wohnortprinzip. Um das Stimmrecht in **einer**  
29 **anderen**  
30 **Bezirksgruppe, Abteilung oder innerparteilichen Vereinigung** wahrzunehmen, muss  
31 schriftlich  
32 ein begründeter Antrag an den Landesvorstand gestellt und durch diesen bewilligt  
33 werden. Der  
34 Wechsel der Wahrnehmung des Stimmrechts in **eine andere Bezirksgruppe, Abteilung**  
35 **oder**  
36 **innerparteiliche Vereinigung** kann beim Landesvorstand beantragt werden. Der  
37 Landesvorstand  
entscheidet innerhalb von vier Wochen über den Antrag. Der Wechsel tritt im Falle  
der  
Zustimmung vier Wochen nach Stellung des Antrags in Kraft. In begründeten Fällen  
kann der  
Landesvorstand die Frist verlängern. Der Landesvorstand teilt dies dem Mitglied,  
welches den  
Antrag gestellt hat, unter Nennung der Frist mit. In **Abteilungen und**  
Landesarbeitsgemeinschaften können alle Mitglieder des Landesverbands mitstimmen,  
in berlin-  
brandenburgischen Landesarbeitsgemeinschaften auch brandenburgische Mitglieder.

38 **Delegiertenwahlen und Abstimmungen über die Satzung sind jedoch Mitgliedern**  
39 **vorbehalten, die**

40 ***ihr innerparteiliches Stimmrecht gemäß § 5 (3) in der jeweiligen Abteilung***  
41 ***wahrnehmen.*** In  
42 ***Bezirksgruppen*** kann jedes Mitglied des Landesverbands mit stimmen, das dort sein  
43 innerparteiliches Stimmrecht gemäß § 5 (3) wahrnimmt oder im jeweiligen Bezirk  
seinen  
Hauptwohnsitz hat, auch bei der Aufstellung oder Nominierung von Kandidat\*innen  
für  
öffentliche Ämter. Ausgenommen sind Delegiertenwahlen und Abstimmungen über die  
Satzung.

44 (4) Jedes Mitglied hat entsprechend den gesetzlichen Regelungen bei der  
45 Aufstellung der  
46 Kandidat\*innen für öffentliche Wahlen Stimmrecht in ***der Bezirksgruppe*** des  
Wahlkreisverbandes, in dem es seinen Hauptwohnsitz hat.

## **Begründung**

Die Gliederung und Delegiertenverteilung auf den Parteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin sind nicht mit dem [Parteiengesetz](#), hier insbesondere §§ 7-13 zur inneren Ordnung, vereinbar. Wir sind jedoch überzeugt, dass Satzungsänderungen vorzugsweise nicht rechtlich erzwungen, sondern politisch entschieden werden. Dabei bildet das Parteiengesetz als einfachrechtliche Ausformung der verfassungsrechtlichen Vorgaben zur innerparteilichen Ordnung den Rechtsrahmen, innerhalb dessen sich politische Entscheidungen bewegen müssen.

Als Rechtsstaatspartei sollten wir unserem eigenen Anspruch gerecht werden und die Satzung des Landesverbandes schnellstmöglich in Einklang mit geltendem Recht bringen. In 15 von 16 Bundesländern ist dies bereits der Fall. Dort gibt es eine räumliche Gliederung in Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände nach §10 [Satzung](#) des Bundesverbandes und die Delegiertenverteilung auf den Parteitag ist mit dem Parteiengesetz konform.

**In der Grünen Wolke finden sich die gebündelten Satzungsänderungsanträge sowie eine Präsentation zur Veranschaulichung:**<https://wolke.netzbegrueung.de/s/6djfbMmWyPmoZYE>